

# Gegen überrissene Wohnungsmieten

**In Adliswil haben SP, GP und der Mieterverband Zürich am Mittwoch eine gemeinsame Wohnungsinitiative eingereicht. Das Volksbegehren verlangt bei Verdichtungen einen Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen – und könnte damit auch Signalwirkung für andere Gemeinden haben.**

Arthur Schächli

Die Mieten steigen markant und das Angebot an Wohnungen, die sich auch weniger begüterte Haushalte leisten können, verknappt sich dramatisch. Und das, obwohl in den letzten Jahren zahlreiche neue Wohnungen erstellt wurden und die bauliche Verdichtung weiter zugenommen hat. Mit dieser beunruhigenden Entwicklung steht die Stadt Adliswil in der zürcherischen Wohnlandschaft zwar keineswegs alleine da. In der in den letzten Jahren stark gewachsenen Sihltalgemeinde aber will die Linke jetzt Gegensteuer geben.

Am Mittwoch dieser Woche haben SP, GP und der Zürcher Mieterinnen- und Mieterverband ihre Volksinitiative «Anteil an preisgünstigen Wohnungen bei Verdichtungen» im Adliswiler Stadthaus Stadtpräsident Farid Zeroual (Mitte) übergeben. Zusammen mit 576 Unterschriften. Und das nach nicht einmal ganz der Hälfte der sechsmonatigen Sammelfrist, die am 22. März 2024 offiziell abläuft. Für das Zustandekommen des am 22. September dieses Jahres gestarteten Volksbegehrens sind 450 gültige Unterschriften erforderlich. Mit

einer Anpassung der kommunalen Bau- und Zonenordnung wollen die Initianten dafür sorgen, dass von Um- und Aufzonungen künftig nicht mehr bloss Immobilienfirmen und andere Bauherren profitieren, sondern auch Mieter:innen, die auf erschwinglichen Wohnraum angewiesen sind. Konkret verlangt die Initiative, dass bei baulichen Verdichtungen aufgrund von Auf- und Umzonungen jeweils 30 Prozent der dadurch

zusätzlich realisierbaren Wohnflächen als preisgünstigen Wohnraum vermietet werden müssen. Die höchstzulässigen Mieten müssten sich dabei gemäss dem kantonalen Planungs- und Baugesetz «an den Investitionskosten, den laufenden Kosten, Rückstellungen für Erneuerungen, den Abschreibungen und einer angemessenen Rendite orientieren». Die Bauherren würden im Gegenzug bei der Mehrwertabgabe, die in Adliswil 30 Prozent beträgt, entsprechend entlastet.

## «Viele positive Reaktionen»

«Die vielen positiven Reaktionen beim Sammeln der Unterschriften und die Tatsache, dass die nötige Unterschriftenzahl in weniger als der Hälfte der vorgegebenen Frist zusammenkam, zeigen eindrücklich, dass unser Anliegen breite



Das Initiativkomitee von GP, SP und Mieterverband versammelte sich beim Stadthaus Adliswil, wo SP-Präsident Wolfgang Liedtke (Bildmitte) die Unterschriftenbögen anschliessend Stadtpräsident Farid Zeroual (Die Mitte) übergab. (Bild: Arthur Schächli)

Unterstützung in der Bevölkerung findet», sagt Wolfgang Liedtke, Mitglied des Initiativkomitees, Adliswiler Gemeinderat und SP-Präsident. Mit der Volksinitiative reagiert die Adliswiler Linke auf das vorherige Scheitern einer analogen, von der SP im Stadtparlament eingereichten und dort damals einzig von der GP unterstützten Motion. Am Laufen ist in Adliswil derzeit auch noch eine bürgerliche Wohnungsinitiative – freilich mit komplett anderer Stossrichtung. Sie verlangt vom Stadtrat in Form einer allgemeinen Anregung, dass bei Auf- und Umzonungen in nicht näher beziffertem Umfang Eigentumswohnungen vorgeschrieben werden sollen, «sodass der Prozentsatz von Wohneigentum in Adliswil demjenigen des Bezirks angenähert wird».